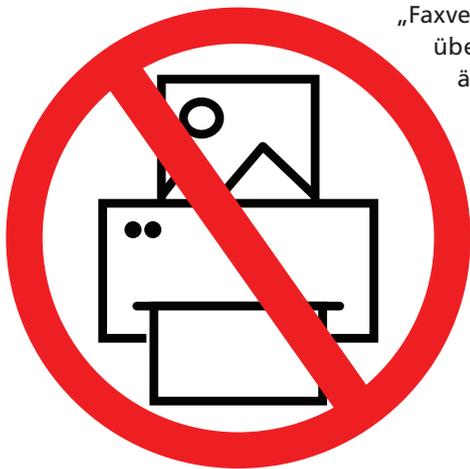


„Jetzt wird heimlich gefaxt“

Digitalgesetz sorgt für Chaos im österreichischen Gesundheitswesen



„Faxverbot stürzt Gesundheitswesen ins Chaos“ – das war der Tenor der Berichterstattung über eine umstrittene Entscheidung der österreichischen Bundesregierung. Denn ähnlich wie Deutschland will auch unser Nachbarland die „Digitalisierung von oben“ und hat es Ärzten und Krankenhäusern gesetzlich untersagt, Gesundheitsdaten per Fax auszutauschen.

In Deutschland darf dagegen noch gefaxt werden. Und das ist auch gut so. Denn die Digitalisierung des Gesundheitswesens kommt trotz gesetzlichem Zwang nur schleppend voran. Besserung ist trotz der geplanten „ePA für alle“ nicht in Sicht (s. Seite 9 ff.). So warnt die Kassenärztliche Bundesvereinigung davor, dass die technischen Möglichkeiten nicht ausreichen, um Befunde zu dokumentieren und sie Kollegen zugänglich zu machen: „Zum Start der neuen ePA ist die Größe je Dokument auf 25 MB begrenzt. Zudem können weder kleine Bilddateien (z. B. JPEG) noch hochauflösende Bilddateien (z. B. DICOM-Dateien) in die ePA eingestellt werden.“ Auch am Schutz der hochsensiblen Daten bestehen erhebliche Zweifel, die durch den Datenklau bei D-Trust noch verstärkt wurden. Viele Ärzte und Zahnärzte setzen deshalb weiterhin aufs Fax. Insbesondere bei Patienten, die der ePA widersprechen, dürfte dies vermutlich weiterhin zur Anwendung kommen.

„Faxen dicke“

Umso mehr überrascht es, dass auch der bayerische Digitalminister Fabian Mehring (FW) dem Faxgerät den Kampf angesagt hat. Bereits Ende 2023 erklärte er, er habe „das Faxen dicke“. Immerhin beschränkt sich Mehrings Impetus – anders als die österreichischen Politiker – bislang auf die Staatsverwaltung. Auf eine Anfrage der

Grünen im Sommer 2024 erklärte der Minister stolz, dass sich die Zahl der Faxgeräte in bayerischen Behörden seit seiner Ankündigung von 3766 auf 1869 halbiert habe. Sein Ziel bleibe es aber, dass alle Dokumente innerhalb und zwischen den bayerischen Behörden in digitaler Form übermittelt werden. So sollen Medienbrüche vermieden, Verwaltungsprozesse beschleunigt, Bürokratie abgebaut und der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) in den Behörden ermöglicht werden. „Faxgeräte sind ein Relikt aus der digitalen Steinzeit und passen nicht zu einem modernen Staat im KI-Zeitalter. Ich freue mich, dass meine Initiative inzwischen bundesweite Kreise zieht und auch der Bundestag die Faxe abschaffen will. Durch Ende-zu-Ende-Digitalisierung in Bayerns Verwaltungskommunikation schaffen wir die Grundlage für den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Staatsverwaltung und machen den Freistaat fit für den Sprung ins KI-Zeitalter. Umso schöner ist es, dass Wort und Tat übereinstimmen und bereits wenige Monate nach meinem Vorstoß die Hälfte der digitalen Fax-Dinosaurier ins Museum geschickt worden sind“, so Mehring. Um einer vollständig digitalen Verwaltungskommunikation den Weg zu bereiten, schafft das Staatsministerium für Digitales derzeit mit Hochdruck nutzerfreundliche und rechtlich verbindliche sowie datenschutzkonforme und sichere Alternativen zur Kommunikation per Fax.

Digitalisierung kostet

Doch bis KI den Amtsschimmel auf Trab bringt, wird noch viel Wasser die Isar hinunterfließen. Eine Bitkom-Studie vom Januar 2024 nennt als größte Digitalisierungshemmnisse die Datenschutzanfor-

derungen und den Fachkräftemangel. Neben zu wenig Zeit und Finanzmitteln für notwendige Investitionen würden auch mangelnde Risikobereitschaft und lange Entscheidungsprozesse die Digitalisierung erschweren.

Auch der bayerische Digitalminister kann keine Wunder wirken. So hat er keine Befugnisse gegenüber kommunalen Verwaltungen, spricht Städte und Landkreise. Durch finanzielle Anreize und Förderprogramme will Mehring die Kommunen dazu „ermutigen“, verbliebene Faxgeräte auszumustern und „ihre Kommunikation zeitgemäß zu gestalten“.

Das Gesundheitswesen fällt jedoch nicht in die Zuständigkeit des bayerischen Digitalministeriums. Hier hat größtenteils der Bund das Sagen. Ob die ePA der Durchbruch in Sachen Digitalisierung ist, wird sich zeigen. Entscheidend wird die Akzeptanz sein – und zwar sowohl aufseiten der Patienten als auch aufseiten der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker.

Zustände wie in Österreich sollten jedenfalls vermieden werden. Wegen „mangelnder Kompatibilität der technischen Ersatzsysteme“ kam es dort vor, dass Befunde und medizinische Unterlagen auf USB-Sticks oder CD-ROMs mit Kurierdiensten und Taxis hin- und hertransportiert wurden. Warnungen der Ärzte vor Komplikationen im Alltag ohne Fax wurden schlichtweg ignoriert. Dem Gesetzgeber kann man in Sachen „Digitalisierung“ nur ins Stammbuch schreiben: „Respecte finem!“

Leo Hofmeier
Ingrid Scholz